

Live-Übertragung der Ramstein-Kundgebung von Phönix. Wann hat eine Demonstration vor einem Atomwaffenstandort in den letzten Jahren eine derartige öffentliche Resonanz ausgelöst?

Der Vorwurf der mangelnden Transparenz bei der RednerInnenauswahl usw. ist nicht nachvollziehbar. Zumal Ihr zu jeder Sitzung des Vorbereitungs- bzw. später des Trägerkreises geladen wart. Dass Ihr es nur vermochtet, an einer von insgesamt acht Sitzungen teilzunehmen, könnt Ihr nicht dem Trägerkreis anlasten. Das Ihr Euch bei dieser Sitzung nicht in allen Punkten durchsetzen konntet, damit müsst Ihr leben. Um Eure Positionen dennoch zum Tragen zu bringen, hat es mehrere Vorschläge gegeben, die dann auch z.B. im Rahmen des Falblattes der Kooperation für den Frieden realisiert wurden. Aus unserer Sicht bleibt festhalten: Nach zum Teil kontroverser Diskussion sind alle Entscheidungen den Aufruf und die RednerInnenliste betreffend, einvernehmlich nach demokratischen Prinzipien erfolgt.

Eine andere grundsätzliche und beständig widerkehrende Auseinandersetzung wird sich auch durch diesen Nachklapp nicht klären lassen: Sollte es auf den Podien nur RednerInnen geben, die Positionen vortragen, die der eigenen 100-prozentig entspricht, oder versucht man, in Vorbereitung und Durchführung eine gesellschaftliche Verbrei-

terung zu erreichen, was zwangsläufig auch zu diskussions- und kritikwürdigen Beiträgen führen kann. Diese Frage lässt sich jeweils nur in der politischen Auseinandersetzung klären. Für Ramstein wurde sie geklärt – gegen Eure Position, was jetzt zu Eurem Schreiben geführt hat. Es sollte Euch nicht verwundern, dass wir mit den Beiträgen von Franz Alt und Oskar Lafontaine inhaltlich einverstanden waren und uns diese Sicht von vielen Seiten bestätigt wurde. Die im Rahmen der Vorbereitung geäußerten Befürchtungen, insbesondere die Rede von Oskar Lafontaine würde zu lauten Missfallenskundgebungen führen, erwiesen sich als unzutreffend.

Ihr hattet eine gute Plattform bei der Auftaktkundgebung – was Euch aber auch nicht befriedigt hat. Ramstein hat es geschafft, »visuell« und in der nationalen (und internationalen!) Nachrichtenlage diesen Tag zu belegen. Für uns als Veranstalter ein gutes Ergebnis, das mit der Teilnahme von Peter Ustinov sicher noch besser geworden wäre (der aber auch nicht Eure Themen vorgetragen hätte).

So klingt leider vieles in Eurem Brief nach »Nölen« und respektiert nicht die Realitäten, die die Organisation einer solchen Aktion mit sich bringt. Schade.

Dennoch mit Dank und freundlichen Grüßen
Frank Uhe, IPPNW-Geschäftsführung



Kooperation für den Frieden Gelingen der Aktion wichtiger als die Kritik an ihrem Zustandekommen

Antwortschreiben vom 13. Mai auf den offenen Brief aus Trier

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als SprecherInnen der »Kooperation für den Frieden«, welche die Demonstration in Ramstein mitveranstaltet hat, wollen wir euch auf euer Schreiben vom 20.03.04 antworten. Schon dem zeitlichen Abstand zu eurem offenen Brief könnt ihr entnehmen, dass wir uns die Antwort nicht leicht gemacht haben.

Eine Vorbemerkung: Als SprecherInnen der Kooperation können wir in diesem Falle, obwohl wir in unsere Mitgliedorganisationen »hinein gehört haben«, sicher keine Beschlussfassung wiedergeben, sondern nur unsere Meinung.

Wir möchten uns bei unserer Antwort auf drei Komplexe konzentrieren

1. Partizipative Vorbereitung und Durchführung der Demonstration
2. Inhalte und Schwerpunkte der Demonstration
3. Generelle Bemerkungen

Wir wollen in unserem Handeln und Tun die Ziele einer gerechten und friedlichen Welt vorle-

ben. Deshalb gehört ein demokratisches, partizipatives Herangehen an unser Tun zu unserem Grundverständnis. Dieses ist bei der Vorbereitung der Demonstration – vorsichtig ausgedrückt – unzureichend geschehen.

Wir haben jedoch das Gelingen der Aktion die gesamte Zeit über die Kritik an ihrem Zustandekommen gestellt. Denn uns war und ist diese Aktion absolut wichtig gewesen und auch notwendig für weitere, die ihr folgen sollten. Sie war die erste große – man kann auch sagen überfällige – öffentliche Manifestation gegen die weltweiten, aber auch bei uns gelagerten Atomwaffen und die aggressiven Nuklearwaffenstrategien.

Ein Thema wurde mit dieser Manifestation wieder an die Öffentlichkeit gebracht, das die Regierungen bewusst, aber auch Teile der Friedensbewegung, verdrängt haben. Dies ist auch das große Verdienst der IPPNW und von H.-E. Richter persönlich. Deswegen war bei dieser Aktion im Rahmen der Vielfalt der Anti-Kriegsaktionen am 20.03.04 eine

inhaltliche Konzentration auf die öffentlich zu dokumentierende Ablehnung von Atomwaffen richtig und sinnvoll, im Sinne »präventiv« angelegter Friedenspolitik war es im Vorfeld der NPT-Überprüfungskonferenz auch genau der richtige Zeitpunkt dafür. Nur so konnte das Thema in die Öffentlichkeit dringen.

Da Atomwaffen aber weder physisch noch gesellschaftlich im leeren Raum und ohne Zeit vorhanden sind, war im Sinne eines dialektischen Denkens die Verknüpfung mit der Kriegspolitik der USA und ihrer teilweisen Unterstützung durch die Bundesregierung sowie die mit beiden Thematiken verknüpfte Militarisierung Europas, sowie der Realisierung der deutschen Interventionsarmee notwendig. Wir haben dieses als Kooperation ja auch noch in einem eigenen für den Aktionstag entwickelten Flugblatt mit ausführlichem Bundeswehrteil dokumentiert.

Leider konnten auch wir uns in dieser Angelegenheit, in der das politisch Spannende die Herstellung der Verbindung verschiedener Ebenen von Militarismus und Kriegspolitik gewesen wäre, nicht in vollem Umfang durchsetzen.

Trotzdem – oder vielleicht gerade deswegen – wurde dieses in den Reden auf beiden Kundgebungen ausführlich vorgetragen. Für uns war das Kundgebungs-Konzept, bestehend aus einer Kundgebung in Ramstein und einer in Landshut, eine politisch-inhaltliche Einheit, auf der alle Thematiken der Demonstration angesprochen werden sollten und unserer Meinung auch wurden. Auch und gerade die Irak-Kriegspolitik und die Militarisierung Europas.

Eine Aufteilung der Beiträge der »Auftaktkundgebung« in Anti-Kriegspolitik und der »Schlusskundgebung« in Atomwaffen ist willkürlich und entspricht nicht den Beiträgen der Rednerinnen und Redner. Dieses lässt sich unschwer an den vorliegenden Manuskripten und an den Moderations-

texten nachweisen. Auch bei den beiden von euch namentlich kritisierten Rednern kamen beide Aspekte vor.

Des weiteren möchten wir darauf hinweisen, dass Rednerinnen und Redner auf Kundgebungen ihre Meinung wiedergeben und keine Erfüllungshelfen der Veranstalter sind. Auch wir haben kritische Bemerkungen zu verschiedenen Beiträgen auf den Kundgebungen, wohlgermerkt zu fast allen. Aber Kundgebungen leben gerade von dieser Vielfalt, Pluralität und auch Widersprüchlichkeit von Meinungen und Positionen. Dies macht sie wenigstens ein bisschen spannend und – wie man in unserem Fall wieder sieht – auch Streitbar. Wir halten Meinungsuniformität auf Kundgebungen für schädlich und möchten auch gerne weiterhin, Meinungen hören, die wir nicht zu 100% teilen.

Rednerinnen und Redner sollen auch immer die Breite des Protests widerspiegeln und damit auch die Breite der unterstützenden Spektren. Dass dem einen die mehr »bürgerliche«, der anderen die »autonome«, und dem dritten die »sozialistische« Flanke des Spektrums manchmal aufstößt, ist doch gerade spannend und lebensbejahend. Ein Schwimmen im eigenen Saft lehnen wir aus dem Selbstverständnis der Kooperation heraus ab.

Erwähnen möchten wir auch noch, dass es über das Mitwirken von Franz Alt, nicht wegen des Inhaltes seiner Rede, aber wegen seines gesellschaftlichen Umfeldes durchaus verschiedene Meinungen gibt. Dieses werden auch wir weiter diskutieren

Dem Anfangs- und Schlussgedanken Eures Beitrages, dass die Aktion sinnvoll war und wir weiter in einer (intensiven) Diskussion bleiben sollten, können wir nur zustimmen. Lasst uns mit dem gemeinsamen Handeln und der Debatte fortfahren.

Mit friedlichen Grüßen

Reiner Braun, Kathrin Vogler, Reinhard J. Voß 

Bundesverfassungsgericht

Verfassungsmäßigkeit der Wehrpflichtpraxis bleibt klärungsbedürftig

Begründete Nichtannahmeentscheidung einer Verfassungsbeschwerde

Leitsatz (redaktionell): Die Verfassungsbeschwerde gegen die Ablehnung vorläufigen Rechtsschutzes gegen den Einberufungsbescheid wird nicht zur Entscheidung angenommen. Eine nach Erschöpfung des Rechtswegs in der Hauptsache noch zu erhebende Verfassungsbeschwerde gegen den Einberufungsbescheid wäre weder unzulässig noch offensichtlich unbegründet.

BVerfG, Beschluss vom 17.05.2004,
Aktenzeichen: – 2 BvR 821/04 –

Die Verfassungsbeschwerde betrifft die Einberufung zum Grundwehrdienst. Der Beschwerdeführer wendet sich gegen den Einberufungsbescheid und die im vorläufigen Rechtsschutzverfahren nach § 80 Abs. 5 VwGO ergangene Entscheidung des Verwaltungsgerichts.

I.1. Der Beschwerdeführer wurde mit Bescheid vom 05.02.2004 zum Grundwehrdienst ab 01.04.2004 einberufen. Einen Widerspruch des Beschwerdeführers lehnte die Wehrverwaltung ab.